

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 2

Artikel: Zum Parteitag der KPdSU vom Februar 1986 : Entspannung ermöglicht Reformen : Gorbatschow und die Wirtschaft
Autor: Nötzold, Jürgen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340349>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

haben, wie jene der besonderen Prinzipien der «Revolution im Westen», des «dritten» oder «demokratischen Wegs zum Sozialismus», unterschieden von den unausgeschöpften Chancen «revolutionärer Bewegungskriege» in der Dritten Welt, sind diese hier wie dort zu wahren. Wo geschichtliche Besonderheiten verknüpft mit Ansätzen erweiterter nationaler Selbstbehauptung schon im Hier und Heute der kapitalistischen Konkurrenz auf neue staatliche Zwischenlösungen verweisen, wie etwa die Bestrebungen zum Ausbau der (West-)Europäischen Gemeinschaft, sind diese von der Linken samt allen darin enthaltenen Handlungsspielräumen aufzugreifen.

Im übrigen kann ein und dieselbe strategisch-programmatische Losung der Sozialisten auch weiterhin extrem unterschiedliche Bedeutungsinhalte, Annäherungswerte in den einzelnen «Teilwelten» und Ländern der Erde verkörpern. «Modernisierung», selbst in ihrer neuesten «ökologischen» Variante, steht im Westen für Konzepte unangefochtener Weltmarktkonkur-

renz; deren Durchbrechung, hin zu den skizzierten globalsozialistischen Zielsetzungen, muss ihnen Punkt für Punkt aufgezwungen werden, soll mehr als reformistische Systemverlängerung herauskommen. In der kapitalistischen Peripherie ist die Ambivalenz der Modernisierungsparole noch zusätzlich dadurch verschärft, als hier der fremdgesteuerte Anpassungsvorgang zumeist alle anderen Auswirkungen dominiert, Reformen noch offenkundiger in der Gestalt von «Schein-Reformen» vertiefter Abhängigkeit auftreten. Dagegen werfen beispielsweise die «vier grossen Modernisierungen» Chinas erst sehr viel später die Frage des Verlusts der realen ökonomischen Entscheidungsgewalt auf; ihr Problem liegt allenfalls darin, dass sie noch zu sehr am «Einholen» des «Nordens», statt an der quer dazu stehenden Logik der künftigen sozialistischen Weltgesellschaft orientiert bleiben. Nicht das Eintauchen in örtliche Besonderheiten schafft somit Schwierigkeiten; es lässt umgekehrt die Herausforderung der bürgerlichen Hegemo-

nie in jenem konkreten Winkel der Erde, an dem die jeweilige sozialistische Bewegung zu kämpfen hat, überhaupt erst aussichtsreich werden. Aber was stärker denn je zuvor daran gebunden werden muss, ist der Rückbezug, die permanent benötigte und zu vermittelnde Einbeziehung der Menschheitsaufgabe Sozialismus. Der Zustand der Welt erlaubt keine Praxis und erst recht keine Theorie der Linken mehr, die sich den Bruch mit der alten Gesellschaftsformation im Gefolge sozialistischer Ausnutzung nationaler Korporatismen oder wie immer verbrämter Teilinteressen vorstellt. Die tief gegliederten Schützengräben der alten herrschenden Klasse, die materielle und ideologische Gewalten längst weltweit organisiert, werden langfristig nur einzunehmen sein, wenn ihnen die Endlichkeit der Welt im Bewusstsein der Unterdrückten zum Verhängnis wird, wenn diese es mithin verstehen, den zwangsläufigen Gefahren des gegeneinander Ausgespieltwerdens durch die Vorwegnahme ihrer tatsächlich gemeinsamen Interessen zu entgehen.

Zum Parteitag der KPdSU vom Februar 1986: Entspannung ermöglicht Reformen

Gorbatschow und die Wirtschaft

Jürgen Nötzold über sowjetische Wirtschaftspolitik

Es ist das Hauptziel der neuen sowjetischen Führung, der in den bürokratischen Beharrungstendenzen der letzten Jahre gebundenen sowjetischen Volkswirtschaft wieder Dynamik zu verleihen. Die Volkswirtschaft soll auf ein prinzipiell neues wissenschaftlich-technisches und wirtschafts-

organisatorisches Niveau gebracht werden. Sowohl der Entwurf des neuen Parteiprogramms, das das Programm von 1961 ersetzen und auf dem Parteitag im Februar 1986 angenommen werden soll, als auch die Richtlinien des neuen Fünfjahres-Planes und der wirtschaftlichen und sozialen Ent-

wicklung der Sowjetunion bis zum Jahre 2000 sind von dieser Zielsetzung geprägt.

Die gegenwärtige Organisationsform der Sowjetwirtschaft hemmt die kreativen Kräfte der Wissenschaftler und Techniker, der Betriebsleitungen und der Betriebsangehörigen. Vom Beginn ihres ersten Fünfjahres-

Planes am Ende der 20er Jahre bis zu den 60er Jahren war es der Sowjetunion durch hohe wirtschaftliche Wachstumsraten gelungen, den Industrialisierungsvorsprung der USA zu verringern. Seit Ende der 60er Jahre hat der ökonomische Aufholprozess gegenüber den USA jedoch keine Fortschritte mehr gemacht. Durch den raschen technologischen Wandel, der in den westlichen Industrieländern, aber auch in verschiedenen industriellen Schwellenländern eingesetzt hat, besteht die Gefahr, dass sich die ökonomische Position der Sowjetunion in der Welt relativ verschlechtert. Von neuen wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten hängt die Erhöhung des Lebensstandards in der Sowjetunion ab, aber auch die Qualität der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten. Die politische Stabilität in dieser Region liesse sich leichter wahren, wenn die Sowjetunion einen grösseren Beitrag zu ihrer wirtschaftlichen Entwicklung leisten könnte.

Diesen Herausforderungen kann man mit der bisherigen Praxis des Wirtschaftens nicht gerecht werden. Bisher wurde wirtschaftlicher Fortschritt im wesentlichen dadurch erreicht, dass der Wirtschaft immer grössere Mengen an Kapital und Arbeitskräften zugeführt wurden. Ein derartiger Wachstumspfad lässt sich immer weniger aufrechterhalten. Denn die Sowjetunion muss aus demographischen Gründen einem rapiden Rückgang der verfügbaren Arbeitskräfte entgegenentgegensehen. In den 70er Jahren hatten die gewaltigen Preissteigerungen auf den Weltbrennstoffmärkten auch der Sowjetunion zusätzliche Gewinne gebracht. Derartige Erhöhungen der Brennstoffpreise wird es nicht mehr geben, so dass die Sowjetunion auch über diese Wirtschaftsreserven nicht

mehr verfügen wird. Der immer höhere Kapitaleinsatz findet seine Grenze, weil die Investitionen nicht zu Lasten des Verbrauchs erhöht werden können. Die neue Führung will die Initiative der Sowjetbürger wecken, die entsprechenden Anreize sollen vor allem aus einer Erhöhung des Lebensstandards kommen. Die Investitionen können aber auch nicht auf Kosten der Rüstungsaufwendungen erhöht werden.

Die entscheidende Möglichkeit zur Verbesserung der Wirtschaftslage ergibt sich, wenn bei den Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten angesetzt wird. Sie liegen in der zu geringen Produktivität als Folge der zu starken Zentralisierung ökonomischer Entscheidungen und nicht ausreichender Anreize für Industrie und Landwirtschaft. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftsweise, also ohne höhere Produktivität des eingesetzten Kapitals und der Arbeitskräfte, wird die Sowjetunion auf eine Wachstumsrate des Sozialproduktes von 1 bis 2% zusteuern.

Wie können Produktivitätssteigerungen erreicht werden? Der nächstliegende Schritt ist die Mobilisierung der Reserven des bisherigen Systems. Im politisch-gesellschaftlichen Bereich wird das durch die Auflösung bürokratischer Strukturen in der Partei und stärkere Partizipationsmöglichkeiten der Sowjetbürger angestrebt. Die Absichten in bezug auf die Organisation der Wirtschaft sind vergleichbar. Die Betriebsleitungen sollen mehr Entscheidungsbefugnisse der sowjetischen Industrie schon seit der Amtszeit Andropows in Gang befindlichen Veränderungen während der Periode des kommenden Fünfjahres-Planes verallgemeinert werden.

Eine Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen ist sinnvoll, wenn den Produk-

tionsentscheiden der Betriebe flexible Preise zugrunde liegen und diese eine eigene Preispolitik betreiben können. Innerbetriebliche Entscheidungsautonomie in der Preispolitik wäre Marktsozialismus. Das ist nicht beabsichtigt, denn an der Preissetzung durch zentrale Instanzen wird weiterhin festgehalten. Immerhin sind die produktivitätshemmenden Einflüsse falscher Preissetzungen erkannt worden. Denn das ganze Preissystem soll flexibler gestaltet werden, damit die Betriebe zu einer schnelleren Anwendung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in der Produktion gezwungen sind.

Planung, Initiative, Verantwortung

Dennoch ist ein Abrücken von der zentralen Planung in einem Ausmass, wie es in Ungarn durchgeführt worden ist, nicht vorgesehen. Kein ernstzunehmender sowjetischer Ökonom sieht es als zweckmässig an, das ungarische Modell, das in erster Linie zur Konkurrenzfähigkeit Ungarns auf dem Weltmarkt führen soll – und das im übrigen seine Bewährungsprobe noch bestehen muss –, auf die ganz andersartigen Bedingungen der Sowjetunion zu übertragen. In der Sowjetunion ist nach wie vor folgende Ansicht vorherrschend: Wenn es um die Wahl zwischen zwei schwer zu bewertenden Alternativen und ihren schliesslichen Ergebnissen geht, zeige sich immer noch der Vorteil zentraler Entscheidungen.

Wenn die erwünschten Produktivitätsfortschritte erzielt werden sollen, dann können die beabsichtigten Massnahmen nur der erste Teil eines längeren Prozesses wirtschaftsorganisatorischer Veränderungen in der Sowjetunion sein. Bei diesen Veränderungen kommt es in keiner Weise auf die Einfüh-

rung einer Marktwirtschaft an. Sie würde in der Sowjetunion niemals so funktionieren und so viel leisten, wie die in langer Frist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelten Wettbewerbswirtschaften in westlichen Industrieländern. Vielmehr geht es um Partizipation und dezentrale Initiative und Verantwortung in einer sozialistischen Wirtschaft. Der Verlauf dieses Prozesses ist nicht nur abhängig von seinen wirtschaftlichen Ergebnissen, sondern auch von den internationalen Bedingungen. Dabei sind die internationalen Bedingungen sicher entscheidend. Ein Wandel von der schwerpunktmässig auf Rüstungsleistungen ausgerichteten Wirtschaft zur ökonomischen Umstrukturierung kann nur stattfinden in einer internationalen Konstellation, die die Sowjetunion in bezug auf ihr eigenes Land, ihren Herrschaftsbereich und ihren globalen Einfluss als sicher einschätzt.

Veränderungen des sowjetischen Wirtschaftssystems sind nicht notwendig zur Stärkung der militärischen Macht, sondern zur Verbesserung der zivilwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. In diesem Bereich würden sie die Verhaltensweisen und Ergebnisse verändern. Die Rüstungswirtschaft funktioniert ohnehin im bestehenden System. In ihren bis heute bestehenden Grundlinien wurde die Sowjetwirtschaft unter Stalin als Schwerpunktwirtschaft geschaffen, um wirkungsvoll Mittel für die militärische Stärkung der Sowjetunion bereitstellen zu können. Von dem sozialistischen polnischen Wirtschaftstheoretiker Oscar Lange wurde sie zutreffend als «Kriegswirtschaft sui generis» gekennzeichnet. Der zweite Weltkrieg, die Herausforderungen des «Kalten Krieges» und das Wettrüsten haben diese

ökonomische Struktur der UdSSR verfestigt.

In allen diesen historischen Phasen hat sich gezeigt, dass die sowjetische Schwerpunktwirtschaft erfolgreich ist bei der einseitigen Orientierung von jeweiliger Spitzentechnologie auf den Rüstungsbereich. Gleichzeitig hat diese Organisationsform der Wirtschaft bewirkt, dass die Sowjetunion im internationalen ziviltechnologischen Wettbewerb wesentlich ungünstiger dasteht, obwohl ihre wissenschaftlichen Leistungen, im besonderen in der Grundlagenforschung, international mit an der Spitze liegen. Ihr Status als Weltmacht ist militärisch begründet. Im sowjetischen Selbstverständnis spielt diese Tatsache eine zentrale Rolle. Im Entwurf des neuen Parteiprogramms wird die Erreichung des militärstrategischen Gleichgewichts mit den USA ausdrücklich hervorgehoben.

Rüstungskonkurrenz als Hemmschuh

Zweifelsohne wäre es ein schweres Hindernis für die beabsichtigten Veränderungen in der sowjetischen Wirtschaft, wenn die USA die Probleme, die die Sowjetunion in der Phase des Übergangs in den nächsten Jahren haben wird, dazu ausnutzen würden, eine Überlegenheit über die Sowjetunion anzustreben. Die gewaltige Aufgabe der Veränderung der gegenwärtigen Struktur der Sowjetwirtschaft kann nur dann zu Erfolgen führen, wenn die militärischen Ausgaben ihren bisherigen Anteil am Sozialprodukt von ungefähr 13 bis 14% – gegenüber 7% in den USA und 3% in der BRD – nicht behalten, wenigstens aber nicht erhöhen. Fortdauernde Rüstungskonkurrenz konserviert die sowjetische Schwerpunktwirtschaft, ihre Organisationsstruktur und ihre Verhaltensweise.

Aber selbst, wenn ein erneuter sicherheitspolitischer Ausgleich mit den USA zustandekommen sollte, behält das militärische Leistungsvermögen seine Bedeutung für den Supermachtstatus der UdSSR. Noch ist für den von der Sowjetunion angestrebten internationalen Status, da kein internationales Problem ohne ihre Beteiligung zu lösen ist, ihre militärische Macht der bedeutendste Einflussfaktor. Neue Perspektiven für die Rolle der Sowjetunion in den internationalen Beziehungen ergeben sich, wenn dieser Status auch durch andere Faktoren zu erreichen ist. Das wäre dann der Fall, wenn die Sowjetunion den Wettbewerb mit den USA erfolgreich vom militärischen auf den ökonomischen Bereich verlagern könnte. Schon Chruschtschow wollte die USA ökonomisch einholen und überholen. Diese Absicht hatte im dritten Parteiprogramm von 1961 Eingang gefunden. Die Sowjetunion konnte in dieser Hinsicht bekanntlich keinen Erfolg verbuchen. Auch für einen erneuten Versuch, einen entsprechenden Einfluss in der Weltwirtschaft zu erhalten, sind die Aussichten der Sowjetunion gering. Denn die USA unternehmen alle Anstrengungen – einschliesslich der Nutzung des Kapitals und des technologischen Wissens der anderen westlichen Industriestaaten –, um die technologisch führende Weltmacht zu bleiben.

Aussenhandel und Technologietransfer

Der Weg zur Stärkung der internationalen wirtschaftlichen Position der Sowjetunion kann nicht nur über die bessere Effizienz der eigenen Wirtschaft, sondern auch über die Intensivierung der Aussenhandels- und Kooperationsbeziehungen mit westlichen Industrieländern

führen. Die noch anhaltenden Unsicherheiten der letzten Jahre über die Entwicklungsmöglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen West und Ost verweisen die Sowjetunion in ihren Aussenwirtschaftsbeziehungen aber in erster Linie auf die osteuropäischen Mitgliedsländer des RGW (Comecon).¹

Die noch nicht zum Abschluss gelangten innerwestlichen Überlegungen, inwieweit im westlichen Sicherheitsinteresse die Technologieexporte in die Sowjetunion und die anderen Mitgliedsländer der Warschauer Vertragsorganisation eingeschränkt werden sollen, haben im RGW die Tendenz zu verstärkter Zusammenarbeit unterstützt, mit dem Ziel, vom Westen unabhängiger zu werden. In dieser Hinsicht hatte das Jahr 1984 wichtige Entscheidungen gebracht. Die Gipfelkonferenz der Partei- und Regierungschefs der RGW-Mitgliedstaaten klärte im Juni 1984 in Moskau die Frage, inwieweit der Integrationsfortschritt im RGW mit der aussenwirtschaftlichen Verflechtung ausserhalb des RGW verbunden werden soll.

Nicht nur der Sowjetunion war an der Klärung der Zusammenarbeit im RGW gelegen. Die weltweiten technologischen Veränderungen begründen auch ein neues Interesse der osteuropäischen Länder an der Zusammenarbeit im RGW. Alle kleineren RGW-Länder stehen vor folgender Alternative. In dem Masse, wie die neuen Technologien nicht aus den westlichen Industrieländern übernommen werden können, müssen sie im Rahmen des RGW kooperativ entwickelt werden, das heisst dann vor allem unter Beteiligung an sowjetischen Projekten. So wurde auf dem Moskauer Gipfeltreffen die Ausarbeitung eines gemeinsamen Programmes

des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für 15 bis 20 Jahre als Grundlage von Abstimmung bzw. Vereinheitlichung der Technologiepolitik im RGW beschlossen. Im Rahmen dieser Entwicklungstendenz prägen sich auch die bilateralen Beziehungen einzelner osteuropäischer Länder zur UdSSR stärker aus.

Beispielhaft dafür sind die beiden Rahmenverträge, die die Sowjetunion 1984 mit Polen und der DDR über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bis zum Jahre 2000 abschloss. Damit kann die Sowjetunion die wirtschaftliche Arbeitsteilung mit einzelnen RGW-Ländern besser durchsetzen. Die Folge kann gleichzeitig sein, dass der osteuropäische Westhandelsspielraum begrenzt wird. Gleichwohl machen die Ansprüche der UdSSR auf osteuropäischen Lieferungen hohen technologischen Standards weiterhin wirtschaftliche Verbindungen der osteuropäischen Staaten mit westlichen Industrieländern erforderlich. Auch diese Lage fand in den Beschlüssen der Moskauer Gipfelkonferenz ihren Niederschlag. Zwar wird durch weitere Integrationsmassnahmen eine grössere Unabhängigkeit von westlicher Technologie angestrebt, aber gleichzeitig wurden an den Westen Kooperationsofferten gerichtet. Neue Initiativen in den Aussenwirtschaftsbeziehungen mit westlichen Industrieländern wurden für erforderlich gehalten.

Schritte nach Westeuropa

Zweifelsohne sind die Absichten Gorbatschows für den Ausbau des Westhandels ernsthaft. Die ökonomischen Vorteile der Entspannungspolitik, die für die Sowjetunion so wichtig waren – noch wichtiger allerdings für die Staaten Osteuropas –, sind deutlich zurückgegangen.

Die zusätzlichen Gewinne aus den Preissteigerungen im sowjetischen Brennstoffexport der 70er Jahre fehlen in Zukunft. Die ökonomische Rekonstruktion kann nicht allein aus eigenen Mitteln bestritten werden, vor allem wenn auf die Steigerungen des Lebensstandards als Mittel zur Mobilisierung der Einsatzbereitschaft der sowjetischen Bevölkerung nicht verzichtet werden soll. Sich in den Aussenwirtschaftsbeziehungen allein auf die Osteuropäer zu stützen, geht auch nicht. Aus Gründen politischer Stabilität ist die Grenze der wirtschaftlichen Belastbarkeit Osteuropas zu beachten. Alle bisherigen Äusserungen und Schritte Gorbatschows haben deutlich gemacht, dass der weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit mit den Staaten Westeuropas grosse Bedeutung beigemessen wird. Entsprechende Formulierungen haben auch ihren Eingang in den Entwurf des neuen Parteiprogramms gefunden. Scheitert der Versuch, mit den USA zu neuen Abmachungen zu gelangen, dürfte sich die Absicht wirtschaftlicher Westeuropa-Orientierung noch verstärken.

Vor Westeuropa steht deshalb die Frage, ob kooperative Schritte bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion vor neuen sicherheitspolitischen Abmachungen zwischen den Supermächten stehen sollen. Es ist ein traditioneller Bestandteil der westlichen Entspannungsphilosophie, dass militärische Sicherheit unter den heutigen Bedingungen nur relativ sein kann und durch Zusammenarbeit mit dem Osten auf verschiedenen Gebieten abgestützt werden muss. Für Europa muss es das Ziel sein, die Entspannung in dieser Region durch wirtschaftliche Verflechtung irreversibel zu machen.

Gegenwärtig lässt sich die Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern mit mittlerer Technologie aufrecht erhalten, aber eine langfristige Kooperation bedarf anderer Grundlagen. Notwendig ist Deutlichkeit in bezug auf das erwünschte Kooperationsausmass mit dem Osten. Sonst wird das Bestreben noch grösserer wirtschaftlicher Unabhängigkeit im RGW verfestigt. Aber auch die westeuropäischen Unternehmen bleiben verunsichert, weil sie abwägen müssen, inwieweit sie mit einschränkenden Vorschriften in Konflikt geraten werden, wenn sie mit RGW-Ländern kooperieren wollen. Am wichtigsten ist ein westeuropäischer Beitrag zur Vertrauensbildung – Absichtserklärungen, das Kooperations langfristig angestrebt und ausgebaut werden soll.

Dazu gehören neue Möglichkeiten zur Realisierung alter Ideen, aber auch neue Vorschläge. Der Sachverhalt, auf den sich solche Vorschläge konzentrieren müssen, bleibt nach wie vor für die wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen bestimmend. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost können nur dann ein tragfähiges Element der Entspannungspolitik sein, wenn auch die RGW-Länder in der Lage sind, ihre Exporte in den Westen auszudehnen. Wichtigste Voraussetzung dafür ist eine langfristig angelegte und technologieintensive Zusammenarbeit, *damit der sich in Westeuropa vollziehende rasche technologische Strukturwandel nicht zu einer technologischen Spaltung Europas führt*, weil die RGW-Länder in diesem Strukturwandel zurückbleiben. Die RGW-Länder müssen diese Modernisierung der Produktion mitvollziehen.

Es geht deshalb auch um gemeinsame Forschung und die Entwicklung gemeinsamer Projekte. Hier stellt sich allerdings die Frage, ob westeuropäische

Initiativen, die auf das östliche technologische Kooperationsinteresse abstellen, richtig sind, wenn man mögliche negative Auswirkungen auf die Einheitlichkeit des westlichen Bündnisses im Auge hat. So hat sich zum Beispiel abgezeichnet, dass eine über das Interesse einzelner Unternehmen, Forschungsinstitutionen und Wissenschaftler hinausreichende Beteiligung am SDI-Programm der USA solche entspannungspolitischen Schritte unmöglich macht. Auch der entspannungspolitische Gesichtspunkt würde für die Entwicklung einer europäischen Technologiegemeinschaft sprechen, unter Einschluss bündnisfreier Länder Europas und mit Kooperationsmöglichkeiten zu RGW-Ländern. Es ist nicht sinnvoll, die Beziehungen zwischen Westeuropa und der Sowjetunion in absolut vollständige Übereinstimmung mit den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion zu bringen. Ohne Handlungsspielraum im westlichen Bündnis im Hinblick auf die Ost-West-Beziehungen kann auch im östlichen Bündnis kein Bewegungsspielraum entstehen. Auch in der neuen sowjetischen Führung bestehen keine unangemessenen Ansichten darüber, was von Westeuropa zu erhalten ist, und inwieweit Differenzen zwischen den USA und ihren westeuropäischen Verbündeten genutzt werden können. Wenn sich die sowjetische Westpolitik stärker auf Westeuropa ausrichtet, entspricht das auch den Interessen Osteuropas. Die künftigen wirtschaftlichen Aufgaben können nicht ohne Westhandel gelöst werden. Gerade damit im Zusammenhang steht die Notwendigkeit wirtschaftsorganisatorischer Veränderungen. Dem gesamten RGW dürfte die Erfahrung mit Polen gezeigt haben, dass die vom Westhandel und westlichen Krediten ausgehen-

den positiven Wirkungen innerhalb weniger Jahre verpuffen, wenn sie nicht von einer Verbesserung des eigenen Wirtschaftssystems begleitet werden. Eine neue Phase der Intensivierung der wirtschaftlichen Westbeziehungen der osteuropäischen RGW-Länder würde ohne begleitende ökonomische Reformmassnahmen nicht zum angestrebten Ergebnis führen. *Für die sowjetische Führung sind ökonomische Reformen in Osteuropa akzeptabel, wenn sie allmählich und in bezug auf die innere politische Stabilität kontrolliert verlaufen.* Sie können für die Sowjetunion sogar attraktiv sein, wenn die osteuropäischen Länder auf diese Weise wirtschaftlich leistungsfähiger werden. Wenn man von den Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre bei der Entwicklung der Westwirtschaftsbeziehungen der osteuropäischen Länder ausgeht, würden sich auf diese Weise auch neue Ansatzpunkte für die Ost-West-Beziehungen in Europa ergeben. In dieser Zeit sind die Interessen am Ausbau des Westhandels und daraus resultierende Veränderungen immer stark von Osteuropa ausgegangen. Dieser Prozess hat schliesslich zur Ausbildung mehr partnerschaftlicher Beziehungen im RGW und grösserer Autonomie Osteuropas in der Gestaltung der Westbeziehungen geführt.

Es liegt im Wesen dieses Vorgangs, dass Phasen der Ost-West-Konfrontation für ihn ungünstiger sind. Die Ost-West-Konfrontation fördert auch in Osteuropa Beharrungstendenzen bei der Aufrechterhaltung des zentralen Planungssystems. Denn Unsicherheiten, die von der Entwicklung des politischen Ost-West-Verhältnisses ausgehen, zwingen die RGW-Länder unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu einem möglichst breiten Produktionsprogramm und zu ver-

stärker RGW-Integration. Beides ist am ehesten durch zentrale Planung zu sichern. Die Rüstungskonkurrenz zwingt die Sowjetunion nicht nur zu einer entsprechenden Konzentration ihrer eigenen Ressourcen, sondern auch zur Heranziehung der osteuropäischen RGW-Länder zur Lösung bestimmter rüstungstechnologischer Aufgaben. Bei dem relativ begrenzten Investitionsvolumen der

osteuropäischen Volkswirtschaften müssen dann Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie Investitionen, die ursprünglich für die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bereitgestellt werden sollten, in andere Bereiche gelenkt werden. Auch auf diese Weise wird die Aufrechterhaltung der Schwerpunktwirtschaft durch zentrale Planung gefördert. *Entspan-*

nung, bei der die Bündnisdisziplin geringer sein kann, macht also ökonomische und innere Reformen eher möglich und führt so zur Verringerung des Systemantagonismus in Europa.

RGW = Rat für gegenseitige Wirtschaftsbeziehungen der osteuropäischen Länder.

Neue Bücher

Vor uns die goldenenen 90er Jahre

Wirtschaftsforscher vorab von Prognoseinstituten (Shell, Prognos, Institut für Weltwirtschaft u.a.) und Vertreter einer stärker theoriegeleiteten Sozialwissenschaft (Johan Galtung, Joseph Huber, Elmar Altvater, Martin Jänicke) diskutieren über *langfristige Wachstumsperspektiven* der westlichen Industrieländer. Martin Jänicke, Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, zeichnet als Herausgeber des Buches mit dem erwartungserheischenden Titel: «Vor uns die goldenen neunziger Jahre?»*

Bemerkenswert ist, dass der Disput trotz unterschiedlicher ideologischer Werthaltungen und methodischer Raster nicht in einen Krach über den *wahren* Zukunftspfad mündet. Man gewinnt Einblick in neue Forschungsansätze wie Szenario-Technik, Technik-Folgenabschätzung, Wirkungsanalysen etc. Eine Betrachtung von Zukunft also, die nicht nur auf Quantifizierung, Machbarkeit und ökonomische Rationalität setzt, noch auf mehr oder weniger abgeschlossenen Globalmo-

dellen beharrt. Alle vorgestellten Prognoseansätze bzw. Zukunftsperspektiven sind nicht nur durch ökonomische Determinanten, sondern auch durch soziale, politische und ökologische Faktoren bestimmt. Angesichts der immer längeren Planungszeiträume und der wachsenden Verflechtung der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Prozesse sind wir auf (Langzeit-)Prognosen mehr denn je angewiesen. Der begrenzte Erkenntniswert, den sie – methodisch – unvermeidlich haben, ist kein Gegenargument hierzu.

Blickt man vorwärts in die neunziger Jahre, so bietet die Wissenschaft – wie könnte es anders sein – zwei Konzepte an: ein optimistisches und ein pessimistisches. Die optimistische Variante beruht auf der Theorie der «langen Wellen». Danach verläuft die Weltkonjunktur seit der Industrialisierung in langen Wellen. Ein Aufschwung fällt stets zusammen mit der Einführung grundlegender neuer Techniken – etwa die Nutzung der Dampfkraft und des mechanischen Webstuhls

am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts. Leiten Mikroelektronik, neue Material- und Umwelttechnologien, Bio-, Gen- und Kommunikationstechnologien einen neuen Aufschwung ein? Eine ökologische Modernisierung des Industriesystems mit Hilfe neuer Technologien sowie politisch-sozialer Reformen ist durchaus möglich (Huber). Wachstum in diesem Sinne wäre zudem ökologisch weniger problematisch. Einig sind sich (fast) alle Autoren in der Kritik am Fetisch der hohen Wachstumsraten. Wirtschaftswachstum habe seine Bedeutung als Erfolgsindikator eingebüsst, da mit wirtschaftlichen Zuwachsraten heute – im Gegensatz zu früher – kaum noch Wohlfahrtseffekte erzielt würden. Arbeitslosigkeit und Preise seien zudem relativ unabhängig von Wachstum.

Ob und wie sich Innovationen durchsetzen, ist umstritten. Es könnte – dies die pessimistische Variante – auch auf eine «*langfristige Stagnation*» hinauslaufen. Historisch bezieht sich dieser Ansatz auf den «Aufstieg und den Niedergang von Nationen». Nationen, in denen sich die «strukturelle Verharschung» der Apparate und die Schwächung der politischen Instanzen durch mächtige Interessenverbände verfestigt haben, neigten zur Stagnation. Und genau dieser Befund wird bei den westlichen Industrieländern mit